

Antrag

Hannover, den 12.12.2025

Fraktion der AfD

Die Impfung von Hausgeflügel gegen die Vogelgrippe ermöglichen und den Export betreffender Geflügelprodukte unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die hochpathogene Aviäre Influenza (HPAI, „Vogelgrippe“) stellt seit mehreren Jahren eine erhebliche Gefahr für Hausgeflügelbestände, Wildvögel und die wirtschaftliche Stabilität zahlreicher geflügelhaltender Betriebe in Niedersachsen dar.¹ Wiederkehrende Ausbrüche führen zu Keulungen, Sperrbezirken, Vermarktungsstörungen und hohen finanziellen Schäden.

Trotz intensiver Biosicherheitsmaßnahmen breitet sich das Virus über Wildvögel weiter aus. Frankreich und die Niederlande nutzen deshalb ergänzend Impfstrategien, um Ausbrüche einzudämmen, Tierverluste zu reduzieren und die wirtschaftlichen Folgen für Geflügelhalter abzufedern.² Die Delegierte Verordnung (EU) 2023/361 hat den rechtlichen Rahmen für Impfprogramme geschaffen.³

Vor diesem Hintergrund ist in Niedersachsen das Impfen von Hausgeflügel in Erwägung zu ziehen.

Zu berücksichtigen ist jedoch, dass - sofern betreffendes Geflügelfleisch oder -nebenprodukte zum Export bestimmt sind - Handelspartner möglicherweise keine Produkte von gegen HPAI geimpften Tieren beziehen wollen.⁴ Hier sind nötigenfalls Verhandlungen zu führen und Vereinbarungen mit den Abnehmern zu treffen.

Folgende Maßnahmen sind daher erforderlich:

1. Monitoring stärken

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein flächendeckendes, dauerhaft gesichertes Wildvogel- und Hausgeflügelmonitoring zu etablieren bzw. auszubauen.

Hierbei sollen das Friedrich-Loeffler-Institut, die Tierärztliche Hochschule Hannover, kommunale Veterinärämter sowie praktische Tierärzte eng eingebunden werden.

2. Impfstoffe wissenschaftlich weiterentwickeln und verantwortungsvoll einsetzen

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass wissenschaftlich geprüfte, sichere und wirksame Impfstoffe gegen HPAI weiterentwickelt und in transparenten Verfahren zugelassen werden. Geimpfte Bestände sollen durch ein risikoorientiertes und praxisnahe Monitoring begleitet werden.

¹ <https://www.n-tv.de/ticker/Geflügelpest-bedroht-Produktion-von-Fleisch-und-Eiern-in-Deutschland-article26136979.html>

² <https://www.rijksoverheid.nl/onderwerpen/vogelgriep/nieuws/2024/05/28/positieve-resultaten-testfase-vaccineren-tegen-vogelgriepvirus>; <https://agriculture.gouv.fr/iahp-letat-sengage-sur-le-financement-pour-lancer-la-campagne-vaccinale-des-canards-pour-202425> ; <https://agriculture.gouv.fr/calypso-loutil-des-veterinaires-et-de-letat-pour-programmer-suivre-et-piloter-la-campagne-de>

³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023R0361>

⁴ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/vogelgrippe-in-niedersachsen-warum-wird-gefluegel-nicht-geimpft,vogelgrippe-314.html#:~:text=Vogelgrippe%20in%20Niedersachsen%20Warum%20wird%20Geflügel%20nicht%20geimpft

3. Internationale Erfahrungen nutzen

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Impfprogramme Frankreichs (Impfung von Hausenten) sowie die derzeitigen niederländischen Pilotprojekte wissenschaftlich auszuwerten und für die Erarbeitung einer niedersächsischen Hausegeflügel-Impfstrategie heranzuziehen.

4. Forschung und Prävention vernetzen

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich aktiv zu beteiligen an nationalen und europäischen Forschungsprogrammen zur Weiterentwicklung von Vogelgrippe-Impfstoffen, Diagnostik, Überwachung und Prävention.

5. Exportfähigkeit gewährleisten

Die Landesregierung wird aufgefordert, die niedersächsischen Geflügelhalter zu unterstützen bei Verhandlungen und Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung von Vermarktungswegen für Produkte von gegen Vogelgrippe geimpftem Geflügel ins Ausland.

Begründung

Die Vogelgrippe bedroht seit Jahren die Existenz vieler Geflügelhalter. Internationale Erfahrungen zeigen, dass die etablierten Biosicherheitsmaßnahmen sinnvoll ergänzt werden können:

Frankreich konnte durch die Impfung von Hausenten die Fallzahlen drastisch senken. Die Niederlande testen derzeit weitere Impfstrategien unter kontrollierten Bedingungen.

Bisher verhindert die verantwortliche Politik hierzulande das Impfen von Hausegeflügel. Infizierte Bestände werden gekeult. Das Keulen verliert jedoch zunehmend die Akzeptanz in der Bevölkerung und trägt nicht zum Ansehen von Landwirtschaft und Tierhaltung bei.

Ziel dieses Antrages ist es, die Chancen zu nutzen, per Impfung der Vogelgrippe entgegenzutreten und nicht bloß den nächsten Seuchenzug abzuwarten. Die EU hat mit der Delegierten Verordnung (EU) 2023/361 die rechtlichen Voraussetzungen für Impfstrategien geschaffen.⁵

Zugleich ist klarzustellen, dass es sich beim Impfen gegen HPAI um ein veterinärmedizinisches Verfahren handelt, das mit den politisch umstrittenen humanmedizinischen Impf- und Zulassungsprozessen während der Corona-Pandemie nicht vergleichbar ist.⁶ Die Entwicklung von Tierimpfstoffen folgt seit Jahrzehnten etablierten veterinärrechtlichen Prüf-, Sicherheits- und Kontrollmechanismen.

Bezüglich der Vermarktung über die Landesgrenzen hinaus kann das Impfen gegen die Vogelgrippe in ein Spannungsfeld führen, denn nicht alle Exportmärkte akzeptieren Produkte geimpften Geflügels. Hier sind gegebenenfalls Absprachen und Abkommen erforderlich, um internationale Vermarktungswegs offen zu halten. Dabei sollte die Landesregierung aktive und intensive Unterstützung leisten.

Jens-Christoph Brockmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

⁵ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023R0361>

⁶ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/vogelgrippe-in-niedersachsen-warum-wird-gefuegel-nicht-geimpft,vogelgrippe-314.html